



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Kreutzer, Johannes: Zur Beurteilung der Bodenreformbestrebungen

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zur Beurteilung der Bodenreformbestrebungen



ie Grenzboten haben Recht daran gethan, in der Frage der Bodenbesitzreform nach einem Vertreter der amerikanisch-englischen Richtung auch einem Anhänger der deutschen Bewegung das Wort zu geben. Unter den zahllosen Fragen, aus denen sich die soziale Frage zusammensetzt, ist die, die sich mit der Lage des Bauernstandes beschäftigt, nicht die geringste. Daß in einem Lande, wo unter siebzehn Millionen Erwerbsthätigen mehr als acht Millionen den Ackerbau oder ein verwandtes Gewerbe treiben, wo man den Wert des Grund und Bodens auf etwa hundert Milliarden Mark, dagegen den der Fabriken u. s. w. auf etwa sieben Milliarden geschätzt hat, das Wohl des ganzen Volkes mit dem Bauernstande steht und fällt, darüber sind alle einig. Auch darin stimmen die meisten überein, daß die Wellen der Not, die augenblicklich die deutsche Landwirtschaft umgiebt, von Jahr zu Jahr höher gestiegen sind und die halbunterwühlten Deiche vollends zu durchbrechen, das Ganze zu überfluten drohen. Viele erklären sich bereit, zu helfen, aber über das Wie gehen die Ansichten aus einander.

In einem solchen Augenblick erscheint es mehr als jemals geboten, die Fragen, um die es sich handelt, und von deren Lösung man die Gesundung des gefährlich erkrankten gesellschaftlichen Körpers erwartet, aller wissenschaftlichen Trockenheit zu entkleiden. Vor kurzem wurde in einem angesehenen Blatte gegen die gelehrten Nationalökonomien der Vorwurf erhoben, daß sie die Ergebnisse ihrer Forschungen zu selten in einer Form vortrügen, durch die der Gegenstand für unser an harte Denkkost nicht mehr gewöhntes Publikum an Geschmack und Verdaulichkeit gewinne. Dieser Vorwurf ist im allgemeinen nicht unberechtigt; selbst wer aus einem andern gelehrten Fache, als Jurist, Historiker oder Theologe, an volkswirtschaftliche Studien hinan-

tritt, weiß ein Lied von den Schwierigkeiten zu singen, die sich seinem „heißen Bemühen“ in den Weg stellen. Indem die Meister der Nationalökonomie nur für ihresgleichen geschrieben, haben sie den Pfüchern und Quackjälbern ein ergiebiges Feld überlassen, ein Feld, auf dem zu arbeiten ihre Pflicht gewesen wäre, nicht nur im Interesse des gegenwärtig gerade in Deutschland von Charlatanen bethörten Volks, sondern auch zum Frommen der Wissenschaft. Auch für die Gelehrtenstube bedeutet es einen Gewinn, wenn der Lärm des Lebens bisweilen zu ihr hinausschlägt, und namentlich der Nationalökonom kann aus dem Munde des einfachen Mannes manch echtes Körnlein Wahrheit vernehmen. Wer den Schuh trägt, weiß am besten zu sagen, ob und wo er drückt. Besteht doch ohnehin auf diesem Gebiete die Gefahr, daß die Statistik zur höchsten Instanz erhoben werde, die Magd zur Herrin, sie, die die Menschen nur als Zahlen behandelt und das, was wir als ihren Kern betrachten müssen, ihr persönliches Wollen und Empfinden, nicht berücksichtigen kann.

Es ist den Lesern der Grenzboten bekannt, daß man innerhalb der Parteien, die heute auf eine völlige Umgestaltung des privaten Bodenbesitzes hinauswollen, eine amerikanisch-englische und eine deutsche Richtung unterscheidet. Was die erste betrifft, so darf ich wohl auf das hinweisen, was vor einiger Zeit in diesen Hefen von einem ihrer Anhänger darüber gesagt worden ist. Weil jedoch die amerikanische Bewegung nach den Berichten, die von drüben kommen, in stetem Wachsen begriffen ist, und weil sie gleichsam als die Mutter der deutschen Reformbestrebungen betrachtet werden muß, so werden dem Leser einige Mitteilungen über ihren Führer erwünscht sein. Zu diesem Zwecke will ich aus einem Aufsatz, den ich vor kurzem an einer andern Stelle veröffentlicht habe,^{*)} einige Sätze wiederholen.

Henry George ist im vollen Sinne des Wortes ein self-made-man. Ursprünglich dem Arbeiterstande angehörend, hat er sich, nicht mit einem Schlage, sondern Stufe um Stufe in ehrlichem Bemühen erklimmend, zum hervorragendsten Journalisten der Vereinigten Staaten emporgearbeitet. Er hat das Leben in allen Stagen kennen gelernt. Aus seinen Werken spricht die reichste Erfahrung und ein offener Blick für den Zusammenhang der Dinge; ein warmes Herz treibt ihn an, die Not der Mitmenschen zu schildern, und der Wunsch, dem vielen Elend, das er sieht, zu steuern, verleiht seinen Worten jene Kraft der Begeisterung, die den Leser von der ersten bis zur letzten Zeile im Banne hält. Dabei ist seine Sprache glühend vor Eifer und von strahlender Schönheit. All diese Vorzüge offenbart sein Hauptwerk *Progress and Poverty*, das gleich bei seinem Erscheinen eine ungewöhnliche Erregung hervorrief und den Verfasser zum Bannerträger einer neuen, mächtigen Partei er-

^{*)} Beilage zur Allgemeinen Zeitung Nr. 201 bis 203.

hob. Aber der Herold dieser Partei ist nicht nur ein redengewaltiger und vielgelesener Schriftsteller, sondern er hat auch das Zeug zu einem Agitator, der die Welt aus den Angeln heben könnte. *Flectere si nequeo superos, Acheronta movebo* — etwas ähnliches wird er gedacht haben, als er, der Protestant, sich dazu entschloß, den Papst durch ein offnes Sendschreiben für sein Evangelium zu gewinnen.

George verlangt die Einziehung der Grundrente zu Gunsten des Staats, und den Unterbau dieser Forderung, nämlich den Satz, daß es einen Privatbesitz an Grund und Boden nicht geben dürfe, haben die deutschen Reformer, deren Führung im allgemeinen Michael Flürscheim übernommen hat, mit ihm gemeinsam. Während sich aber der Amerikaner daran erinnert, daß der Boden der Union zum großen Teil erst seit Jahrzehnten fast ohne Entgelt aus der Hand des Staates in Privatbesitz übergegangen ist, sodaß man sich über eine Entschädigung der gegenwärtigen Eigentümer keine Sorge zu machen brauche, nehmen Flürscheim und seine Anhänger in Anbetracht der durchaus verschiedenen deutschen Verhältnisse billige Rücksicht auf die heutigen Besitzer. Obwohl sie an Georges Vorschlag die größere Folgerichtigkeit anerkennen, haben sie es nicht über sich gewinnen können, ihm bis zu seinen letzten Schlüssen zu folgen; ein Gefühl, das dem Amerikaner fremd ist, hält sie auf halbem Wege zurück.

George rechnet ungefähr so: wie die Bewegung gegen die Sklaverei zwar damit begonnen habe, daß man allgemein von einer Entschädigung der Sklavenshalter sprach, wie aber zuletzt doch von einer solchen Entschädigung nicht mehr die Rede gewesen sei, so werde es auch bei der Landbefreiung geschehen; denn der Privatbesitz an Grund und Boden sei keine geringere Verletzung eines unveränderlichen Naturrechts als die Sklaverei. Ich habe an anderer Stelle die Schwäche des Fundaments, worauf George sein Gebäude aufgeführt hat,*) bloßgelegt und kann hier auf eine Wiederholung schon deshalb verzichten, weil sich die deutschen Reformer in der Begründung ihrer Pläne der Voraussetzungen des Amerikaners nicht bedienen. Den Ausgangspunkt ihrer Lehre bildet der Satz, daß der erhöhte Bodenwert ein Verdienst der Gesamtheit sei und daher von dem einzelnen nicht in Beschlag genommen werden dürfe. Es ist kürzlich an dieser Stelle darauf hingewiesen worden, daß der Boden, auf dem das heutige London steht, zum größten Teil in den Händen weniger Lords vereinigt ist. Wenn man nun erfährt, daß diese für einen solchen Milliardenwert die lächerlich geringe Abgabe entrichten, die dem Werte des Bodens zur Zeit der normannischen Eroberung entspricht, so wird man sicherlich geneigt sein, denen beizustimmen, die in einem derartigen Zustande eine Ausbeutung der Gesamtheit zu Gunsten weniger erblicken. Auch liegt es auf der Hand, daß die ungeheure Wertsteigerung, die z. B. seit etwas mehr als zehn Jahren

*) Das Werk *Progress and Poverty* beginnt mit dem Versuch einer neuen Lohntheorie.

das Gelände zwischen der alten und der neuen Umwallung der Festung Köln erfahren hat, nicht als das Verdienst der einzelnen Besitzer aufgefaßt werden kann, sondern als die Wirkung des Fortschritts, den die Stadt als solche dank ihrer günstigen Lage, ihrer umsichtigen Verwaltung und der Rührigkeit ihrer Bürgerschaft gemacht hat.

Indem nun die deutschen Reformer das bis jetzt auf Grund der bestehenden Gesetze erworbene Eigentum anerkennen, verlangen sie, daß in Zukunft jede Wertsteigerung des Bodens den Händen der Privaten entzogen, das Land selbst durch Kauf allmählich in den Besitz der Gesamtheit gebracht werden solle. Es bedarf wohl vor deutschen Lesern keiner längeren Auseinandersetzung darüber, daß Flürscheim wohl daran gethan hat, die radikalen Vorschläge Georges nicht in ihrem ganzen Umfange anzunehmen. Ihre Ausführung bedeutet für das deutsche Rechtsbewußtsein ein Unrecht, das jede daraus hervorgehende Neugestaltung und Neuordnung in der Wurzel vergiften würde. Im Grunde genommen ist der, dessen Grundstück im Werte steigt, in einer ähnlichen Lage wie einer, der an einem günstigen Punkte eine Windmühle aufstellt: wie diesem eine Naturkraft, so bringt jenem die Wirkung eines wirtschaftlichen Gesetzes Gewinn. Außerdem wäre es eine seltsame Rechtserneuerung, wenn man zwar dem augenblicklichen Besitzer, der vielleicht erst seit kurzer Zeit den Ertrag langjähriger Arbeit zum Erwerb von Grund und Boden verwandt hat, das Fell abziehen, dagegen den, der früher aus dem Grundbesitz Vorteile gezogen und nun beizeiten sein Schäschen ins Trockne gebracht hat, ungeschoren lassen wollte. Stimmen wir also mit Flürscheim in seiner ablehnenden Haltung gegenüber der amerikanischen Reformpartei überein, so haben wir nun seinen positiven Vorschlag zu prüfen, wonach von jetzt an jede Wertsteigerung des Grund und Bodens in die öffentlichen Kassen fließen soll. Die Inkonsequenz, die darin liegt, daß das, was man nach der Lage der Dinge bis heute als Recht anerkennen muß, von morgen an als Unrecht gelten soll, liegt auf der Hand. Doch wir gehen darüber hinweg, denn auf unserm Wege liegen noch größere Steine.

Da die Ausführung des Planes die allgemeine Festsetzung des augenblicklichen Bodenwertes erfordert, so fragen wir zunächst, wer diese vornehmen soll. Der Staat? Als künftiger Käufer wäre er an den festgesetzten Preis gebunden, sodaß er ein natürliches Interesse daran hätte, den Wert der Grundstücke zu drücken. Die gegenwärtigen Besitzer? Das würden schöne Preise werden! Eine gemischte Kommission also? Nein, für so naiv halte ich die Leser nicht, daß sie von dieser Brutstätte von Beschlüssen, die nachher auf dem Papiere stehen bleiben, in einer Frage wie der vorliegenden die Lösung erwarten sollten. Doch halt, es giebt noch einen Ausweg! Man kann durch ein Reichsgesetz — denn was erwartet man nicht heute alles von Gesetzen! — die bei der Steuer vorliegenden Schätzungen oder die letzten,

über wenige Jahre nicht zurückreichenden Kaufverträge zur Unterlage der allgemeinen Wertbestimmung machen. Die Schädigung, die auch dann noch für einzelne Besitzer eintreten würde, ließe sich am Ende verschmerzen; zumal der, der sein Grundstück in einem gewinnbringenden Betriebe selbst benutzt, würde vorderhand keinen Verlust erleiden.

Nehmen wir also einmal an, die große Bodenschätzung sei von dem gegenwärtigen Reichstag, in dessen Schoße ja noch manche Lose schlummern sollen, beschlossen; im Jahre 1900 hätte jeder Deutsche, der bis dahin eine Scholle sein eigen nennt, in seiner Hand den verbrieften Schein, daß sein Grundstück einen Wert hat, für den er es, sobald es ihm beliebt, an den Staat verkaufen kann. Ahnen denn die Anhänger der Reform nicht, daß die Überführung des Bodens in die Hand des Staates, wovon sie den allgemeinen Aufschwung der Dinge hoffen, in der Regel erst dann eintreten wird, wenn die gegenwärtigen Besitzer zu der Überzeugung gekommen sind, aus ihrem Boden nicht mehr so viel herauswirtschaften zu können, daß ihnen mehr als die Rente des festgesetzten Kaufpreises verbliebe? Wenn dann die allmähliche Verstaatlichung des Bodens Schritt für Schritt eine entsprechende Summe von privatem Kapital löst und auf den Markt drängt, so wird das unvermeidliche Zurückgehen des Zinsfußes die Besitzer erst recht von der Veräußerung ihrer Grundstücke zurückhalten. Wo aber blieben alsdann die Summen, die nach der Ansicht der Reformier die Staatskassen zu füllen bestimmt sind?

Sie glauben und versichern, daß sich die Steigerung des Bodenwertes in Zukunft noch schneller vollziehen werde, als in dem letzten Jahrhundert, das trotz ungünstiger Verhältnisse dem Grund und Boden in Deutschland einen vierzehnfachen Wert verliehen hat. Trotz ungünstiger Verhältnisse? Wenn sich auf dem gegenwärtigen Reichsgebiete die Bevölkerung seit dem Jahre 1816 von 24833000 Einwohnern auf 49428000 im Jahre 1890 gehoben hat, wenn ferner von den erwerbsthätigen Einwohnern gegenwärtig 6400000 in der Industrie und 1570000 im Handel beschäftigt sind — ein Umstand, der für die in der Landwirtschaft thätige Bevölkerung nicht nur eine Verminderung der Konkurrenz, sondern zugleich ein kauffähiges Absatzgebiet geschaffen hat —, wenn man schließlich erwägt, wieviel der Aufschwung der deutschen Industrie auch zur Erhöhung der ländlichen Grundrente beigetragen hat, so wird man das Fragezeichen, das wir hinter die Behauptung ungünstiger Verhältnisse gesetzt haben, wohl als berechtigt anerkennen. Nur an einem Punkte können wir für die Gestaltung des deutschen Bodenwertes eine Ungunst erblicken, noch dazu eine, die sich künftighin eher steigern als abschwächen wird. Wir denken daran, daß es infolge der verbesserten Verkehrsmitel dem Auslande möglich geworden ist, mit seinen Bodenerzeugnissen dem deutschen Acker Konkurrenz zu machen, sodaß die Aufwärtsbewegung der deutschen Grundrente dadurch verlangsamt werden konnte, daß sich in andern

Ernteilen eine Grundrente zu bilden begann. Aber das ist auf der andern Seite doch wieder ein Glück, denn ohne diese Gestaltung der Dinge wäre für einen großen Teil unsrer Bevölkerung kein Raum mehr im Lande, weil wir, um nur einiges herauszugreifen, im Durchschnitt der letzten zehn Jahre auf eine jährliche Zufuhr von 769581 Tonnen Roggen und 652016 Tonnen Weizen angewiesen waren*) und allein im Jahre 1892 an Getreide und sonstigen Erzeugnissen des Ackerbaus nach Abzug der verhältnismäßig geringen Ausfuhr im ganzen 4121626 Tonnen im Werte von 608 Millionen Mark bei uns einführen mußten.

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache. Noch giebt es auf der Erde unermessliche Flächen, die anbaufähig sind, aber bis jetzt nur eine ganz geringe oder gar keine Grundrente haben. Das Vorhandensein dieser Gebiete hängt sich bei dem von Jahr zu Jahr erleichterten Verkehr wie ein Bleigewicht an die einheimische Grundrente und wird ihr weiteres Steigen so lange erschweren, bis einst die Zeit gekommen ist, wo Ackerland in Westeuropa nicht wesentlich teurer sein dürfte als an der Wolga oder dort, wo im fernen Westen auf ihren unheimlich schnell zusammenschrumpfenden Jagdgründen die letzten Stämme der Rothhäute vor den Segnungen der weißen Zivilisation dahinstirben. Gewiß liegt diese Entwicklung noch fern, aber kommen wird sie mit Notwendigkeit. Was das für eine Rückwirkung auf den Wert des heimischen Bodens äußern wird, sehen wir aus einem Vergleich. Während Deutschland auf dem Quadratkilometer 91,5 Einwohner zu ernähren hat, und während sein Ackerboden, der etwa 40 Prozent der Gesamtfläche einnimmt, im Jahre 1891 annähernd 35 Millionen Hektoliter Weizen und Spelz, 65 Millionen Hektoliter Roggen und 40 Millionen Hektoliter Gerste erzeugte, wurden in demselben Jahre im europäischen Rußland, wo auf dem Quadratkilometer nur 18 Menschen leben, und wo erst 26 Prozent des Ganzen in Ackerland verwandelt sind, 68 Millionen Hektoliter Weizen und Spelz, 189 Millionen Hektoliter Roggen und 53 Millionen Hektoliter Gerste hervorgebracht. Und nun erst die Vereinigten Staaten, die auf mehr als 9 Millionen Quadratkilometern, d. i. auf der sechzehn- bis siebzehnfachen Fläche des deutschen Reiches, auf einem Boden, wovon nur ein verschwindender Bruchteil, etwa 3,3 Prozent, als unproduktiv bezeichnet wird, augenblicklich nicht mehr als 63 Millionen Menschen zu ernähren haben! Nur dann ließe sich der hemmende Einfluß, den diese und andre Länder auf das Steigen der deutschen Grundrente ausüben müssen, verhüten, wenn es möglich wäre, unbekümmert um die nach Brot schreienden Einwohner der Städte unsre Grenzen gegen die auswärtige Zufuhr vollständig abzuschließen. Die Folgen einer derartigen

*) Bei einer einheimischen Erzeugung von durchschnittlich 5 bis 6 Millionen Tonnen Roggen und 2 bis 3 Millionen Tonnen Weizen.

Maßregel kann sich der Leser selbst ausmalen; jedenfalls wird er in dieser Richtung nicht die Bahnen sehen, auf denen sich die Weiterentwicklung der Kultur zu vollziehen hat. Die völlige Abschließung gegen das Ausland würde, wenn sie überhaupt denkbar wäre, einen Rückschritt bedeuten, der uns mit Siebenmeilenstiefeln wieder in die Zustände der Barbarei brächte; tausende von Adern, durch die gegenwärtig der deutschen Volkswirtschaft ein lebensförderndes und krasterzeugendes Blut zufließt, würden unterbunden werden. Auf manches freilich könnten wir verzichten, was lediglich zur Verfeinerung des Lebens gehört — andre nennen zwar auch das ein Bedürfnis, und daß der Mensch überhaupt fähig ist, sich früher nicht vorhandne Bedürfnisse anzugewöhnen oder anzuquälen, betrachten ja viele als die erste Triebfeder des menschlichen Fortschritts. Aber auf die Zufuhr der im Auslande erzeugten Nahrungsmittel können wir bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge nicht mehr verzichten; eine Steigerung der Auswanderung und das Zurückgehen der Geburten unter die Sterbefälle würden die unausbleibliche Folge sein. Und wer dagegen verlangen wollte, daß die Industrie eine nennenswerte Zahl von arbeitskräftigen Händen an die Landwirtschaft abgeben solle, der möge zuvor die Frage beantworten, womit das deutsche Volk, um von andern notwendigen Dingen zu schweigen, die Baumwolle bezahlen soll, von der wir in der letzten Zeit jährlich im Durchschnitt für 214 Millionen Mark bei uns eingeführt haben, und ohne die wir nicht mehr auskommen können, weil Klima und Polizei die Anwendung jener einfachen Kleidung verbieten, mit der sich die paradiesische Menschheit zufrieden gab. Wie gesagt, gegen fremde Weine, Austern, Pariser Litteratur und ähnliche Waren könnten wir unsere Grenzen zur Not absperrern, aber die 4,55 Kilogramm Baumwolle, die 2,69 Kilogramm Reis, die 3,53 Kilogramm Heringe, die 14,71 Kilogramm Petroleum, die im Jahre 1892 in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung verbraucht worden sind, können wir nicht entbehren, und der Teil der Bevölkerung, der in der Industrie thätig ist, setzt uns in den Stand, diese notwendigen Dinge zu bezahlen.*)

Eher könnte man daran denken, daß von den 5,3 Prozent unproduktiven Bodens noch einiges in Anbau genommen werden könnte, oder daß von den 20,3 Prozent Wiesenland und von den 25,7 Prozent, die der deutsche Wald bedeckt, noch ein Teil an das Ackerland abzugeben wäre. Aber auch das hat seine Grenze,**) und es wird auch niemand behaupten wollen, daß sich durch derartige Gliedmittel jemals die große Getreidekammer füllen ließe, aus der unsere fünfzig Millionen zu speisen sind. Mehr dürfte schon herauskommen,

*) Die Gesamteinfuhr überwog im Jahre 1892 die Ausfuhr um 1076 Millionen Mark.

***) Für die Bestimmung dieser Grenze ist es von Interesse, zu erfahren, daß das deutsche Reich in dem Verhältnis des Ackerlandes zur Gesamtfläche nur von Frankreich um 1,6 Prozent und von Belgien um 0,7 Prozent übertroffen wird, während die übrigen Kulturländer in dieser Hinsicht hinter Deutschland zurückbleiben, so Osterreich (ohne Ungarn) um 11,7 Prozent.

wenn man in größerem Umfange die Lehren befolgen wollte, die sich aus den kürzlich an dieser Stelle besprochenen Forschungen des Professors Max Sering ergeben haben. Ich komme weiter unten auf diesen Punkt zurück.

Die deutschen Fürsprecher der Reform sind selbst darauf gefaßt, daß durch Bodenverschlechterungen, z. B. durch Versandung, ein örtliches Sinken der Grundrente herbeigeführt werden kann. Ich füge hinzu, daß namentlich der städtische Grund und Boden auch aus andern Ursachen einer unaufhaltamen Entwertung ausgesetzt ist. Ja bei der politischen Lage in Europa ist es leider von Jahr zu Jahr weniger unwahrscheinlich geworden, daß durch einen künftigen Krieg die Grundrente gewisser Länder, wenn auch nur vorübergehend, einen allgemeinen Niedergang erleiden wird, wobei die Verluste auf der einen Seite nicht mehr durch Steigerungen an andern Punkten wettgemacht werden können. Mit derartigen Zufällen würde man aber in der Ära der Bodenreform umsomehr zu rechnen haben, als die Abschließung der Völker auf dem Gebiete des Handels die Gefahr eines Krieges eher heraufbeschwören als zurückdrängen müßte.

Da wir auf diese und ähnliche Fragen vergebens eine befriedigende, alle Zweifel verscheuchende Antwort suchen, so fassen wir unser Urteil dahin zusammen, daß die Vorteile, die man von der Durchführung der Reform erwartet, fraglich erscheinen, da sie eine andauernde, die bisherige noch überholende Steigerung der ländlichen Grundrente voraussetzen.

Unter diesem Gesichtspunkte gewinnt die Sache ein völlig verändertes Aussehen. Das Anerbieten der Reform, den Grund und Boden in die Hand des Staats übergehen zu lassen, wird durch die Forderung, daß der Staat den gegenwärtigen Besitzern den heute festgesetzten Wert verbürgen solle, zu einem Danaergehenk, das dem Empfänger eines Tages vielleicht unermessliche Verluste, in keinem Falle aber die erwarteten Vorteile bringen würde. Der in seiner Rücksichtslosigkeit konsequentere Amerikaner hat dadurch, daß er jede Entschädigung der augenblicklichen Besitzer ablehnt, abgesehen von dem Unrecht, das in seiner allgemeinen Konfiskation liegen würde, sein System jedenfalls lebensfähiger gemacht. Wenn dagegen die deutschen Reformen von der Durchführung ihres Halbplans die gleichen Wirkungen erwarten, wenn sie sich in der Schilderung ihres Zukunftsstaats derselben leuchtenden Farben bedienen, so wird man von ihren Verheißungen von vornherein einen Abzug machen müssen, der, in Zahlen ausgedrückt, den Zinsen jener mehr als hundert Milliarden gleichkommen würde, auf die man den gegenwärtigen Bodenwert in Deutschland geschätzt hat.

Welcher Art sind aber jene Verheißungen? Zunächst glaubt man, daß die künftige Steigerung der Grundrente einmal ausreichen würde, die jährlichen Ausgaben des Staats zu decken; so wenigstens verstehe ich den Satz: „Die Gesellschaft wäre in ihre Gerechtfame eingesetzt, und die Privaten genössen den

Ertrag ihrer Arbeit ganz; er würde ihnen nicht einmal verkürzt durch irgend welche Steuer, denn die Gesellschaft besäße in ihrem gesellschaftlich erzeugten Nebenprodukt des steigenden Bodenwerts hinreichende Mittel, ihren Pflichten gegen die Gesamtheit nachzukommen.“ Nun gut, das deutsche Reich hat augenblicklich einen hauptsächlich auf indirekte Steuern gegründeten Ausgabebetrag von 1259 Millionen Mark. Aber nicht nur diese wären von der steigenden Grundrente zum größten Teile aufzubringen, sondern auch mancher ansehnliche Posten im Haushalt der Bundesstaaten, z. B. in Preußen die 179 Millionen Mark direkter und die 71 Millionen indirekter Steuern des heurigen Budgets. Rechnet man die einschlägigen Summen zusammen, so wird man die Hoffnung, daß der jährliche Zuwachs der Grundrente jemals diese schwindelnde Höhe erreichen werde, endgiltig begraben. Und zur alledem findet sich in der Rechnung der Reformier noch ein großes Loch. Woher soll der Staat die hundert und soviel Milliarden nehmen, die er nötig hat, um sich zum alleinigen Grundbesitzer zu machen? Woher?

Da sich aber die Anhänger der Reform über diese Frage nicht den Kopf zerbrechen, sondern sich vermutlich in dem Gedanken trösten, daß die Reichsdruckerei das Geld beschaffen könne, folgern sie weiter, daß der Zins fallen werde, weil das private Kapital nicht mehr in Grund und Boden angelegt werden könne; daraus aber werde eine gesteigerte Nachfrage nach Arbeit und eine neue Blüte produktiver Unternehmungen erwachsen. Auch hier fahren die deutschen Bodenreformer im Kielwasser der amerikanischen Bewegung, ohne zu bedenken, daß die Durchführung ihres Planes, infolge der Entschädigung der gegenwärtigen Besitzer, mit unübersteiglichen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hätte, die George leichter Hand und leichten Herzens hinweggeräumt hat. Wir wollen jedoch die Behauptung, daß der fallende Zins eine Nachfrage nach Arbeit und somit eine Erhöhung des Lohnes zur Folge haben würde, einer Prüfung unterziehen, denn in diesem Satz steckt das Gewürz, womit die Anhänger Flürscheims, die das amerikanische Gericht im Interesse der heutigen Grundbesitzer verwässern müssen, den Appetit der Massen zu reizen suchen.

Ich glaube den Gegner mit seinen eignen Waffen schlagen zu können. George sagt in dem Briefe, den er an Leo XIII. gerichtet hat, folgendes: „Die Höhe des Lohnes schwankt zwischen dem vollen Ertrag der Arbeit, der ihr dort verbleibt, wo noch freies Land zu haben ist, und dem niedrigsten Punkt, bei dem der Mensch noch leben und arbeiten kann, nämlich dort, wo das Land ganz monopolisiert ist. Deshalb sind dort, wo es leichter ist, Land zu bekommen, z. B. in Australien und im Westen der Vereinigten Staaten, die Löhne höher als in Europa.“ Was George hier vom Lohn sagt, muß er an einer andern Stelle vom Zins zugeben, weil es über jeden Zweifel erhaben ist, daß im Laufe der Jahrhunderte die fortschreitende Zivilisation auch diesen herunter-

gedrückt hat, daß er auch heute noch in blühenden Ländern niedriger steht als dort, wohin die Kultur erst schüchtern ihren Fuß gesetzt hat, daß er in Zeiten einer ruhigen Entwicklung fällt, um bei der ersten Wolke einer Gefahr zu steigen, mit einem Worte, daß man in gewissem Sinne imstande ist, an der Höhe des Zinsfußes die wirtschaftliche und soziale Lage eines Landes in ähnlicher Weise zu erkennen, wie an der Quecksilbersäule das Fallen und Steigen der Wärme.

Zwischen Lohnhöhe und Zinsfuß besteht ein Zusammenhang, den niemand wegzuleugnen vermag, und wenn auch beide nur Anzeichen des wirtschaftlichen Lebens sind, sich also nicht zu einander verhalten wie Ursache und Wirkung, so erscheint es doch ausgeschlossen, daß irgend ein Vorgang auf wirtschaftlichem Gebiete auf die Dauer eine einseitige Beeinflussung des Lohnes oder des Zinses hervorrufen könnte. Wenn der Markt mit beschäftigungsuchendem Kapital überschwemmt wird, so schafft der fallende Zins vorderhand freilich die Lust nach neuen Unternehmungen und eine erhöhte Nachfrage nach Arbeit; mit der Zeit aber muß ein Rückschlag eintreten, weil sich die Vermehrung der Unternehmungen bis zu einem Punkte steigert, wo der Unternehmer auch gegen seinen Willen gezwungen wird, die Einbuße, die ihm die erhöhte Konkurrenz verursacht, aus der Elastizität des Arbeitslohns wieder einzubringen. Dazu ist er in der Lage, denn wenn auch Kapital und Arbeit gegenüber dem Unternehmer ein gemeinsames Interesse haben, so steht ihre Sache doch nicht gleich: wo das Kapital feiern will, wird es nicht, wie die Arbeit, durch den Hunger gezwungen, sich den Bedingungen des Unternehmers zu unterwerfen.

Diese Erwägung wirkt auf die im übrigen beachtenswerten Ausführungen, die George über die gemeinsamen Interessen von Kapital und Arbeit gegeben hat, die richtige Beleuchtung. Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß die Amerikaner, denen es vor allem darauf ankommt, den Privatbesitz an Grund und Boden als eine Rechtsverletzung darzustellen, die Sache so auffassen, als ob die Grundrente den von Rechts wegen der Arbeit und dem Kapital gebührenden Ertrag zum größten Teil verschlinge. Dem gegenüber wird es genügen, daran zu erinnern, daß der Bodenbesitzer doch nur selten imstande ist, den Weg zu verfolgen, den das Erzeugnis des Bodens, der Rohstoff, bis zur Herstellung der Ware zurücklegt, daß vielmehr ein anderer ihm mit der Sorge für die weitere Bearbeitung oder Verwertung seiner Erzeugnisse zugleich einen großen Anteil an dem vollen Produktionsertrag abnimmt. Für George und seine Anhänger giebt es freilich in der Theorie keinen Unternehmer, und auch die deutschen Reformers stellen die Sache so dar, als ob in ihrem Zukunftsstaat Arbeiter und Unternehmer in der Regel dieselbe Person sein würden, weil ja der niedrige Zinsfuß dem Arbeiter die Möglichkeit gewähre, selbst als Unternehmer aufzutreten.

Damit sind wir an einem Punkte angekommen, wo wir auf die schon erwähnten Seringschen Forschungen einen Blick werfen müssen. Sering hat

den unwiderleglichen Beweis geliefert, daß die wirtschaftliche und soziale Wiedergeburt des schwer daniederliegenden deutschen Ostens nur durch eine planmäßige Weiterführung der glücklich begonnenen Bauernkolonisation erreicht werden kann. Das aus verschiedenen Gründen, namentlich aber durch das Hypothekenrecht und die Fideikomnisse geförderte Anwachsen der großen Güter hat jene sozialen Gegensätze heraufbeschworen, die in den Jahren 1885 bis 1890 nicht weniger als 873 000 Einwohner der östlichen Provinzen zur Landflucht veranlaßt haben. Die Ausbreitung des Bauernbetriebes auf den bisherigen Latifundien erscheint Sering nicht nur aus politisch-sozialen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Erwägungen geboten, weil nach seinen Beobachtungen eine geeignete Parzellierung die Ertragfähigkeit des Bodens in ungeahnter Weise erhöht. Eine allgemeine Verwirklichung des Gedankens, der den Rentengutsgesetzen vom 27. Juni 1890 und vom 7. Juli 1891 zu Grunde liegt, eröffnet auch nach unsrer Ansicht den Ausblick in eine glückliche Zukunft: für Generationen freier Männer ein gesichertes Heim und für den Staat ein Schutzwall gegen den äußern und innern Feind. Selbst auf die Gefahr hin, einem Teil der Leser bekanntes zu wiederholen, will ich eine besonders wichtige Stelle aus Serings Buch über die innere Kolonisation hier anführen.

„Das Zusammendrängen großer Volksmassen in den Städten und Industriebezirken, die Eingliederung von Hunderten und Tausenden in den starren Mechanismus der Fabrikarbeit gefährdet im höchsten Maße deren körperliche und geistige Entwicklung. Das rapide Anwachsen der Großstädte bedeutet eine fortschreitende Verschlechterung unsers Volkstums. Wie sich immer die gewerbliche Verfassung in Zukunft gestalten vermag, die Zusammenhäufung als solche ist geeignet, schablonenhafte Menschen von verkümmertem Individualität hervorzubringen. Es stünde traurig um die Zukunft des Menschengeschlechts, wenn ähnliche Formen des gesellschaftlichen Lebens auf dem Lande Platz griffen. Nun ist aber gewiß, daß sich die ländliche Entwicklung nicht in der Richtung einer zunehmenden Ausbildung großer Arbeitsgemeinschaften mehr oder weniger sozialistischer Natur bewegt, sondern in der Richtung einer fortschreitenden Vervollständigung des einzeln arbeitenden Wirtes und der Einzelfamilie. Gegenüber der wachsenden Sozialisierung in den Städten machen die technische Entwicklung und der Selbstständigkeitsdrang der Bevölkerung das platte Land zur Heimstätte eines gesunden Individualismus. In dem Maße, als es gelingen wird, den Bauernstand zu mehren und die Landarbeiter in Grundbesitzer zu verwandeln, wird sich die Lage der handarbeitenden Klassen überhaupt heben, der Zuzug vom Lande in die Städte wird geringer werden und aufhören die Lebenshaltung der dortigen Bevölkerung herabzudrücken.“

Nur auf dem hier gezeigten Wege vermag sich unsre Landwirtschaft aus der gegenwärtigen Not herauszuarbeiten. Die Pläne der deutschen Bodenreformpartei aber werden an zwei Punkten durch die Ergebnisse der Seringschen Forschungen

erschüttert: erstens, insofern die Anhänger der Reform zu einer zweckmäßigen Aufteilung der Latifundien nicht entschlossen die Hand zu bieten, sondern die Zusammenballung so lange gestatten, wie es den heutigen Besitzern beliebt; zweitens, und das ist entscheidend, insofern sie anstatt eines selbständigen Bauernstandes einen Stand von Pächtern ins Leben zu rufen gedenken.

Auch vermag ich nicht zu erkennen, wie im gewerblichen Betriebe der kleine Mann den gewaltigen Vorprung einholen soll, den der Großbetrieb auf diesem Gebiete einmal gewonnen hat und kraft seiner natürlichen Überlegenheit wohl dauernd behaupten wird. Denn darin unterscheidet sich das Großgewerbe vom Grundbesitz, daß es für diesen eine Grenze giebt, über die hinaus die Ertragsfähigkeit abnimmt, die Ausdehnung des industriellen Großbetriebs dagegen, wenn überhaupt, so doch nicht in gleichem Maße begrenzt ist. Sich in dieser Hinsicht Träumen hinzugeben, überlassen wir süglich jenen katholischen Sozialtheologen, die als Vorläufer der Würzburger Generalversammlung die Höhe der in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter gesetzlich bestimmen und jedem Arbeiter von Staats wegen einen Mindestlohn verbürgen wollen, Forderungen, die George selbst in seinem Briefe an den Papst ins Land Utopia verwiesen hat.

Noch an einem andern Punkte erwartet die deutsche Bodenreform von der Anwendung ihres halben Mittels die volle Wirkung der von George empfohlenen Radikalkur: sie verspricht der Industrie in ihrem Zukunftsstaate die Beseitigung der Absatzschwierigkeit, jener Hauptklippe im Geschäftsbetriebe der kapitalistischen Periode. Auch ich betrachte es nicht als das Zeichen eines gesunden Zustandes, wenn sich der Wettbewerb der Unternehmungen in blinder Selbstsucht so weit versteigt, daß der Druck der Löhne die Kauflfähigkeit der großen Massen herabsetzt. Aber ich nehme diesen Zustand nicht als ein Rismet hin, sondern glaube, daß die wirtschaftliche Hebung des vierten Standes gelingen muß und gelingen wird, nicht nur im allgemeinen Interesse des menschlichen Fortschritts, sondern nicht minder zu dem nähern Zwecke, die deutschen Erwerbsstände in wirksamer Weise gegen die Chikanen des Auslandes zu sichern.

Ich wollte prüfen, ob der Weg, der nach den Verheißungen der Bodenreformer ins gelobte Land führen soll, ohne Gefährdung wichtiger Interessen betreten werden kann. Dabei habe ich mich bemüht, nicht in den Fehler derer zu verfallen, die sich in der Bekämpfung ihrer Gegner gegen Nebendinge wenden und über diese einen billigen Sieg erfechten. Ich erkenne rückhaltlos den guten Willen der Reformer an, aber diese Anerkennung hindert mich nicht, ihre Ideen in das Gebiet jener Wünsche zu verweisen, die man als „fromme Wünsche“ zu bezeichnen pflegt. Eins aber hat mir an ihren Ausführungen besonders mißfallen, der Satz, daß der Menschen nicht zu viele werden könnten. Diesen Satz hält man seit Jahrzehnten bald in dieser, bald in jener Form denen entgegen, die den Versuch machen, den Steinhaufen der Schmähungen, die ein blindes Vorurteil und eine falsche Humanität auf Malthus Andenken geworfen

haben, zu entfernen. Auch ich würde mich an der Sache vorbeidrücken, wenn ich mich vor Wespenstichen fürchtete. Malthus' Gegner gehen davon aus, daß die Kultur mit der Zunahme der Bevölkerung begonnen hat, eine Wahrheit, die von keinem bestritten wird. Wer aber möchte in Abrede stellen, daß die lebensschaffenden und lebensfördernden Kräfte, ins Unendliche gesteigert, an einem Punkte ankommen müssen, wo sie in ihr Gegenteil umschlagen? Wer mit offenen Sinnen durch die Arbeiterviertel unsrer Großstädte geht, wird schwerlich behaupten, daß das Anwachsen der Bevölkerung unter allen Umständen einen Kulturfortschritt bedeute. Aber es ist nun einmal Mode geworden, auf Malthus zu schmähen, statt ihn zu widerlegen. Ganz natürlich; denn der Satz: „Zur Vermehrung seines Geschlechtes durch einen mächtigen Instinkt angetrieben, wird der Mensch aufgehalten durch die Vernunft, die ihm vorstellt, daß er kein Wesen in die Welt bringen darf, zu dessen Erhaltung und Erziehung ihm die Mittel fehlen“ — dieser Satz läßt sich eben nicht widerlegen. George und, ihm folgend, die deutschen Bodenreformer verfallen in den Irrtum, daß sie für die Ertragsfähigkeit des Bodens keine Grenze annehmen und über die Schranke, die der Produktionssteigerung des Erdreichs von der Natur gesetzt ist, mit einem bewunderungswürdigen Saltomortale hinwegspringen. „Je mehr Hände, desto mehr Arbeitskraft, je mehr Arbeitskraft, desto mehr Nahrungsmittel“ — das ist die Kette ihrer Schlüsse, an der das schwache Glied zu entdecken ich wohl dem Leser überlassen darf.

Der Anwalt der deutschen Bodenbesitzreform, den die Grenzboten haben zum Worte kommen lassen, besprach am Schluß seiner Ausführungen das Verhältnis seiner Partei zur Sozialdemokratie; er legte dieses Verhältnis richtig so dar, daß die Bodenbesitzreformer nur eine Verstaatlichung des Bodens, die Sozialdemokraten dagegen auch die Vergesellschaftung sämtlicher Produktionsmittel auf ihr Programm geschrieben hätten. Die Verwunderung darüber, daß die Sozialdemokratie, anstatt mit der Bodenbesitzreform eine Strecke Wegs zusammenzugehen, sie geradezu totschweige, war unbegründet. Daß die Anhänger Bebels so lange über diesen Punkt geschwiegen haben, ist aus verschiedenen Ursachen zu erklären, von denen die wichtigste jedenfalls die ist, daß es der Sozialdemokratie zunächst darum zu thun war, mit Hilfe des famosen Reichstagswahlrechts die großen Massen der Industriearbeiter als gehorsame Bataillone unter ihrer Fahne zu sammeln, während sie es für gut hielt, die ländliche Bevölkerung, die zähe an ihrem wenn auch noch so kleinen oder noch so sehr belasteten Besitz festhält, vor der Hand nicht durch die laute Forderung der Bodenkonfiskation kopfscheu zu machen. Jetzt, wo das erste Ziel erreicht scheint, wendet man sich offen zum zweiten: auf dem Kongreß zu Zürich wurde die Vergesellschaftung des Grund und Bodens mit klaren Worten als Grundsatz der internationalen Sozialdemokratie aufgestellt. Die Bodenbesitzreform fühlt sich durch die Gesellschaft, mit der sie hier an einem Seile zieht, offenbar des-

halb nur wenig belästigt, weil sie an den Spruch denkt, daß es nicht immer dasselbe ist, wenn zwei dasselbe thun. Ich gebe die Wahrheit dieses Spruches im subjektiven Sinne, d. h. soweit die Absicht der Bodenreformer in Betracht kommt, zu, bezweifle aber, ob sich der Spruch auch im objektiven Sinne als stichhaltig erweisen wird. Die Wirkungen wirtschaftlicher Maßregeln gleichen in dieser Hinsicht dem Pfeil, über den der Schütze, sobald er die Sehne losgedrückt hat, keine Gewalt mehr hat. Du giebst einem Menschen, den du in Not siehst, von Zeit zu Zeit eine Unterstützung; gewöhnst du ihn daran, so wird er in neunzig Fällen von hundert, ungeachtet deiner guten Meinung, in seiner Arbeitsfreude erlahmen. Denn das ist das eine Gesetz, das der wirtschaftlichen Entwicklung der Menschheit zu Grunde liegt, daß der Drang, die vorhandenen Bedürfnisse zu stillen, die Menschen zur Bethätigung und Entfaltung ihrer körperlichen und geistigen Kräfte bewegen soll, daß sie, wie es in der kernigen Sprache der Bibel heißt, ihr Brot im Schweiß ihres Angesichts essen sollen. Das andre aber ist das, daß der Mensch die Befriedigung seiner Bedürfnisse mit dem geringsten Aufwand von Kraft zu erreichen sucht. In diesen beiden Gesetzen, die eine weise und gütige Vorsehung gegeben hat, liegt der Schlüssel für die vielen Rätsel, die uns die soziale und wirtschaftliche Entwicklung der Völker aufgibt. Wer diese Rätsel ohne jenen Schlüssel zu lösen sucht, dem wird sich das Thor der Erkenntnis nicht öffnen.

Die Bodenbesitzreformer sagen mit Recht, daß von der Sozialdemokratie deshalb kein Heil zu erwarten sei, weil sie die wirtschaftliche Freiheit ersticke. Ob aber diese Freiheit bei der Durchführung ihrer eignen Pläne nicht gleichfalls gefährdet ist? Wo der Boden thatsächlich noch ein Arbeitsmittel bedeutet, also vor allem in der Landwirtschaft, da wird sein Wert zwar von den Fortschritten der Gesamtheit in die Höhe geschraubt, aber es liegt auf der Hand, daß der Bebauer durch seine persönlichen Eigenschaften den Wert eines Grundstücks auch unabhängig von der Gesamtheit beeinflussen kann. Das Streben, diese persönliche Einwirkung auf den Wert des Bodens geltend zu machen, erleidet durch die Verstaatlichung des Grundbesitzes wenn auch keinen tödtlichen, so doch einen gefährlichen Stoß, insofern der Bebauer von einer erhöhten Ertragsfähigkeit eine Steigerung der Pachtsumme zu erwarten hätte. Hat er so als Pächter auf der einen Seite weniger zu hoffen, so hat er auf der andern auch weniger zu fürchten, wenn er sein Grundstück herunterwirtschaftet. Was immer aber geeignet ist, dem Menschen Hoffnung und Furcht zu dämpfen und ihm das Bewußtsein der Verantwortlichkeit abzustumpfen, das hängt sich wie ein schweres Gewicht an die Triebfeder seiner Thätigkeit. Der Gedanke, daß die Gesamtheit für das wirtschaftliche Gebahren der einzelnen verantwortlich sei, hat für die Schwachen eine große Verlockung, aber zur allgemeinen Geltung erhoben, wird er ihnen schwerlich einen Zuschuß von jener Kraft des trotigen Selbstbewußtseins

geben, auf die es heute namentlich in Deutschland mehr als jemals ankommt.

Wenn ich mir also von der Anwendung der Bodenbesitzreform auf das ländliche Grundeigentum kein Heil verspreche, so stehe ich doch nicht an, zu bekennen, daß die Reformpläne für den städtischen Grund und Boden, der nicht in dem Sinne wie der ländliche als ein Arbeitsmittel angesehen werden kann, zum Teil Bedeutung haben. Der bekannte Antrag des Oberbürgermeisters von Frankfurt im preussischen Herrenhause, sowie die allgemeine Anerkennung des Satzes, daß den Gemeinden das Recht zustehen soll, beim Verkauf städtischer Immobilien eine besondere Abgabe zu erheben, erscheinen mir als die Vorboten einer neuen Auffassung, und wer sich um das Barometer der öffentlichen Meinung kümmert, wird erkennen, daß Änderungen in dem, was jetzt gegenüber dem städtischen Grundbesitz als Recht gilt, in der Luft liegen. Zu prophezeien, wie weit diese Umgestaltung gehen wird, liegt hier außerhalb meiner Aufgabe.

Während ich diese Sätze niederschreibe, veröffentlicht der Führer der deutschen Bodenreformbewegung einen Bericht über die Wahrnehmungen, die er vor kurzem in dem „Zukunftsstaat“ Libertad gemacht hat; Libertad — so nennt sich eine Ackerbaukolonie im nordwestlichen Mexiko, die nach den Grundsätzen der deutschen Reformpartei eingerichtet worden ist, und für die Klürscheim selbst eine Verfassung ausgearbeitet hat. Da sich Klürscheim nächstens mit einem Aufruf an deutsche Auswanderer zu wenden gedenkt, einstweilen jedoch die Entwicklung der Kolonie noch einige Monate abwarten will, so will auch ich, bevor ich diesen Zukunftsstaat en miniature den Lesern vorführe, erst jenen Aufruf abwarten.

Köln

Johannes Kreuzer



Indische Zustände

2



Das weite Gebiet zwischen dem Himalaja und dem Kap Komorin, vom Thale des Indus bis zu dem des Travadi, steht in politischer Abhängigkeit von einer kleinen Insel des Atlantischen Ozeans. All die verschiedenen Völkermassen, Hindus und Muhammedaner, Sikhs und Buddhisten, Bengalis und Marathen, Tamulen und Santalen einen sich in dem Gehorsam vor einem europäischen Volke. Die Königin von England trägt die Krone der Großmoguln und bestellt